

Christoph Boyer

POLITIK IN DER LEBENSWELT:  
DIE NATIONALITÄTENFRAGE IN DEN HANDELS-  
UND GEWERBEKAMMERN DER ERSTEN  
TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

*Einleitung*

Das Streben nach der Ergänzung der politischen Selbstständigkeit durch die ökonomische war eine wichtige Konstante in der Geschichte der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Wesentliches Ziel war zum einen die Autonomie des kompakten Nationalstaats und seiner Ökonomie nach außen, in Abgrenzung gegenüber anderen National-Ökonomien. Zum anderen wurde nach 1918 im Binnenverhältnis das im Kontext der „nationalen Wiedergeburt“ entstandene Konzept einer tschechischen Nationalwirtschaft<sup>1</sup> durch die Perspektive der möglichst weitgehenden ökonomischen Durchdringung des Territoriums der Republik seitens des Staatsvolks der Tschechoslowaken erweitert. Wirtschaft wurde als National-Ökonomie im emphatischen Sinn des Begriffs aufgefasst. Die Verfügungsmacht über ökonomische Ressourcen und die Mehrung des „nationalen Besitzstandes“ galten als unerlässliche Vorbedingungen der politischen Vorrangstellung des Staatsvolks und als Garantien für die Stabilität seines Gemeinwesens. Vor diesem Hintergrund stellte das beträchtliche ökonomische Gewicht der deutschen Volksgruppe, das zu einem guten Teil der Vorzugsstellung der Deutschen als „Staatsnation“ vor 1918 geschuldet war, in den Augen vieler Tschechen ein nationalpolitisches Ärgernis dar.

Der Nationalitätenkonflikt zwischen Tschechen und einheimischen Deutschen<sup>2</sup> auf dem Terrain der Wirtschaft ließ auch die Handels- und Gewerbekammern nicht unberührt. Die Kammern waren Schaltstellen der Wirtschaftspolitik, überhaupt zentrale Orte im institutionellen Gefüge der Ersten Republik: In der Übergangswirtschaft der ersten Nachkriegsjahre ersetzten sie als Hilfsorgane des Staates zu einem guten Teil die zunächst fehlenden Einrichtungen der staatlichen Wirtschaftsverwal-

---

<sup>1</sup> Vgl. zur Entstehungsgeschichte *Albrecht*, Catherine: National Economy or Economic Nationalism in the Bohemian Crownlands, 1848-1914. In: *Frucht*, Richard (Hg.): Labyrinth of Nationalism. Complexities of Diplomacy. Essays in Honor of Charles and Barbara Jelavich. Columbus/Ohio 1992, 69-83.

<sup>2</sup> Das Problem der Benennung der „eingeborenen“ Deutschen in Böhmen und Mähren ist nur unzureichend gelöst: Der Begriff „sudetendeutsch“ bezeichnet nur eine Teilmenge dieser Bevölkerungsgruppe und auch dies eher in den späteren Jahren der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Exakter, aber reichlich sperrig ist der Ausdruck „die Deutschen in Böhmen und Mähren“. Am ehesten vertretbar erscheinen von der Sache her blasse Verlegenheitslösungen mit weitem, dann durch den Kontext spezifizierten Begriffsumfang wie „die Deutschen im Lande“ oder die „einheimischen Deutschen“.

tung.<sup>3</sup> Auch in der Folgezeit waren sie wichtige Ratgeber der Regierung und der Staatsbürokratie in Fragen der Handels-, Gewerbe-, Verkehrs-, Finanz- und Steuerpolitik. Ihnen oblag der Ausgleich interner Gegensätze in der Wirtschaft und die Erarbeitung einheitlicher Positionen gegenüber Politik und Verwaltung. Von Bedeutung wurde dies insbesondere in der Weltwirtschaftskrise, als ein wachsender Mittelstandsprotektionismus mit dem Widerstreben der Industrie gegen Schutzgesetze für Handel und Gewerbe nur mühsam in Einklang zu bringen war. Mit der Förderung des Kleingewerbes erfüllten die Kammern auch eine wichtige sozialpolitische Aufgabe.<sup>4</sup> Nicht zuletzt bildeten sie eine Brücke zum internationalen Wirtschaftsleben, etwa zur Internationalen Handelskammer und zu den Weltwirtschaftskonferenzen.<sup>5</sup>

Der Nationalitätenkonflikt reichte in mehrfacher Hinsicht in die Kammern hinein: Eine Rolle spielte er etwa in der Auseinandersetzung um die Reform des Kammerwahlrechts bzw. den Neuzuschnitt der Kammer Sprengel; immer wurden hier auch, explizit oder mindestens implizit, Fragen der Mehrung bzw. Minderung „nationaler Besitzstände“ verhandelt. Die vorliegende Studie stellt einen dritten Aspekt in den Vordergrund: die „nationale Komponente“ in der Personalpolitik der Kammern, insbesondere die Auseinandersetzung zwischen Tschechen und einheimischen Deutschen um die nationale Zusammensetzung der leitenden Kammergremien, die so genannten Verwaltungskommissionen.<sup>6</sup>

Statistisch solide untermauert ist der grundlegende Befund, dass die Deutschen in den Verwaltungskommissionen im Langzeittrend an Boden verloren. Für dieses Zurückweichen des deutschen Elements war allerdings die von der deutschen Volkstumskampfrhetorik häufig unterstellte tschechische „chauvinistische Ranküne“ nicht in erster Linie verantwortlich. Generell verlief in der Wirtschaft, als der Domäne materieller Interessen, die Auseinandersetzung<sup>7</sup> um „nationale Besitzstände“, die auf anderen Gebieten nicht selten emotional aufgeputscht war und auf ökonomische und soziale Kosten wenig Rücksicht nahm, in vergleichsweise milden

<sup>3</sup> Geißler, Franz: Die Entstehung und der Entwicklungsgang der Handelskammern in Österreich. In: Mayer, Hans (Hg.): Hundert Jahre österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848-1948. Wien 1949, 111. – Čelakovský, Vladimír: Die Handels- und Gewerkekammern 1918-1928. In: Die Handels- und Gewerkekammern 1918-1928. Jubiläumsschrift der Zentrale der tschechoslowakischen Handels- und Gewerkekammern anlässlich des zehnjährigen Bestandes der tschechoslowakischen Republik. Prag 1930, 9-38, hier 11 f.

<sup>4</sup> Čelakovský: Handels- und Gewerkekammern 14-16 (vgl. Anm. 3). – Schuster, Václav: K reformě obchodních a živnostenských komor [Zur Reform der Handels- und Gewerkekammern]. In: Obzor národohospodářský 24 (1919) 52-60, 150-155, 206-210. – Národní Archiv [Nationalarchiv Prag, NA], Ministerstvo průmyslu, obchodu a živnosti [Ministerium für Industrie, Handel und Gewerbe, MPOŽ] Karton 389, 68 477/1938, Rede Scherbs, Vollversammlung der Handels- und Gewerkekammer Eger, 23.6.1938.

<sup>5</sup> Čelakovský: Handels- und Gewerkekammern 23-28 (vgl. Anm. 3).

<sup>6</sup> Vgl. zu dieser Problematik ausführlicher Boyer, Christoph: Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR (1918-1938). München 1999, 173-237.

<sup>7</sup> Vgl. etwa zu Sprachenfrage und Sprachenpolitik Kučera, Jaroslav: Minderheit im Nationalstaat: Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918-1938. München 1999.

Formen. Die Praktiker der Wirtschaft auf beiden Seiten – die Grenze zwischen der „einheimisch-deutschen“ und der „tschechischen Ökonomie“ war ohnehin diffus<sup>8</sup> – zogen im Allgemeinen eine Konzertierung der vielfältigen „objektiven“ gemeinsamen oder parallelen Interessen einer Konfrontation vor.

Die deutsche Präsenz in den Kammern wurde also nicht durch eine energische und zielbewusste tschechische Depossedierungspolitik ausgehebelt. Bei der Besetzung der Verwaltungskommissionen war die Frage „tschechisch oder deutsch“ überhaupt nur eine unter anderen. Abgesehen von der „nationalen Farbe“ eines Kandidaten waren in der Regel vier weitere Gesichtspunkte von Bedeutung: Zum Ersten zählte die Branchen- und Zweigzugehörigkeit (Industrie, Gewerbe oder Handel, in manchen Fällen auch der spezielle Industrie-, Gewerbe- oder Handelszweig). Zum Zweiten war die Zugehörigkeit bzw. Affinität zu politischen Lagern bzw. Parteien von Belang. Zum Dritten spielte der Regional- bzw. Lokalproporz eine Rolle. Und nicht zuletzt wurden technisch-kommerziell-unternehmerische Kompetenz und persönliches Format, die Vernetzung des Bewerbers und seine „Beziehungen“ sowohl im lokalen Umfeld als auch in die politischen Kreise der Hauptstadt hinein in Betracht gezogen. Kandidaten figurierten deshalb nicht einfach als „Tschechen“ oder „Deutsche“; im Regelfall standen sie für umfangreichere Bündel von Merkmalen. Auswahl und Ernennung der Kammerräte waren in dichte Geflechte nicht nur nationalpolitischer, sondern auch branchenspezifischer, regionaler und lokaler, parteipolitischer und persönlich-idiosynkratischer Belange eingelagert. Besetzungsvorgänge gerieten so in der Regel zu komplexen Konsultations- und Aushandlungsprozessen unter Beteiligung einer Vielzahl von Interessengruppierungen, Faktionen und Klüngeln. An der Tagesordnung war das „do ut des“, waren Junktims und Koppelgeschäfte. Zahlreich waren die Gelegenheiten zu Konkurrenz und Konflikt, zu Einflussgewinn oder -verlust.

In der vorliegenden Studie wird argumentiert, dass die relative Schwäche – bzw. fortschreitende Schwächung – der deutschen Position in erster Linie durch das Vordringen tschechischer politischer Parteien in die Kammern zu erklären ist. Die deutschen Parteien waren aus bestimmten Gründen an einer Präsenz in den Verwaltungskommissionen weniger interessiert. Das Einfallstor für die tschechischen Parteieinflüsse war in erster Linie die Gewerbe- und Handelssektion der Kammer; dort war das Gewicht der vorrangig industriell orientierten deutschen Wirtschaft am geringsten. Mithin wurde, so die zentrale These, die tschechische Seite nicht *als*

<sup>8</sup> Die bekannteste, bereits von den Zeitgenossen kontrovers diskutierte statistische Untersuchung des Einzugsbereichs der beiden Nationalwirtschaften ist *Hejda, Jiří*: Komu patří československý průmysl [Wem gehört die tschechoslowakische Industrie?]. In: *Prítomnost* 4 (1927) 709-711, 724-726, 742-744, 759-761, 787-789, 805-807, 822-824 und *Prítomnost* 5 (1928) 20-24, 38 f., 54-56, 70-72, 86 f., 104 f., 117 f. – Vgl. auch *Arens, Franz*: Die wirtschaftliche Machtstellung des Deutschtums im tschechoslowakischen Staate. In: *Zeitschrift für Politik* 19 (1930) 676-689. – *Ders.*: Die wirtschaftliche Einflußsphäre des Deutschtums in den Sudetenländern seit Begründung des tschechoslowakischen Staates. In: *Preussische Jahrbücher* 1933, 156-167. – Dass allerdings die nationale Zuordnung von Unternehmen, überhaupt die Abgrenzung einer „deutschen“ von einer „tschechischen Wirtschaft“ schwierige Definitionsprobleme beinhaltet, kann an dieser Stelle nicht weiter erörtert werden. Vgl. hierzu ausführlicher *Boyer*: Nationale Kontrahenten 4-6 (vgl. Anm. 6).

*tschechische*, sondern sozusagen en passant, auf dem Umweg über eine robuste und durchsetzungsstarke mittelständische Interessenpolitik begünstigt.

Procedere und Konstellation bei der Besetzung der Verwaltungskommissionen „passten“ in das politische System der Ersten Republik.<sup>9</sup> Die tschechoslowakische Demokratie der Zwischenkriegszeit war, auf der Grundlage einer prononcierten Versäulung ihrer Wirtschaft und Gesellschaft, von einem eigentümlichen, durch Proporz und paktierte Gesetzgebung charakterisierten Zuschnitt. Eine Folge dieser auf Konsens orientierten politischen Praxis war, dass in der Nationalversammlung Entscheidungen weniger getroffen als formell besiegelt wurden. Das Kartell der regierenden Parteien zog die Fäden im Hinterzimmer. Mitspieler:in war eine mit weitreichenden Befugnissen ausgestattete, nicht nur im kakanischen Geist, sondern häufig auch nach dem kakanischen Buchstaben antierende Bürokratie.

Diese grundlegenden Strukturmerkmale der tschechoslowakischen politischen Kultur waren in den intermediären Institutionen von Wirtschaft und Gesellschaft wiederzufinden. Auf dem Wege vom politischen Zentrum in die regionalen und örtlichen Netzwerke war den „großen Politikprogrammen“ („Nationalpolitik“, „Industrie-“ und „Mittelstandspolitik“, „Parteipolitiken unterschiedlicher Observanz“) die Realisierung in Reinform verwehrt. Sie sahen sich, wenn auch in unterschiedlichem Maß, zu Kompromissen veranlasst, wurden kombiniert und amalgamiert und – aus dem Blickwinkel des Einzelinteresses – „abgebogen“ und „verwässert“. All dies spielte sich in jeweils unterschiedlichen, nur bedingt systematisierbaren Konstellationen ab. So heben sich die drei Kammern des tschechischen Gebiets, Prag, Pilsen (Plzeň) und Brünn (Brno), von der deutschen Kammer Eger (Cheb) ab. Jede der tschechischen Kammern weist darüber hinaus noch einmal ein individuelles Profil auf. Die Handhabung der Nationalitätenfrage in den Handels- und Gewerbekammern der Ersten Tschechoslowakischen Republik liest sich daher als Lehrstück zum Thema „Politik in der Lebenswelt“.

#### *Die Besetzung der Verwaltungskommissionen: ein Thema mit Variationen*

Wie in den meisten Ländern Europas hatte auch in der Habsburger Monarchie die Wirtschaft im 19. Jahrhundert die Einrichtung von Selbstverwaltungsorganen vorangetrieben; diese waren als Gegengewicht gegen den „atomisierenden“ Liberalismus und zur Sicherung von Mitspracherechten gegenüber einer überbürokratisierten, die Wirtschaft gängelnden Verwaltung gedacht.<sup>10</sup> Dem Handelskammergesetz vom 29. Juli 1868 zufolge waren die Kammern in zwei Sektionen – eine für den Handel, eine für das Gewerbe – gegliedert; die Zahl der Mitglieder betrug 48, ihre Amtszeit war auf sechs Jahre festgesetzt.<sup>11</sup> Die tschechische Wirtschaft, angesichts des Wiener

<sup>9</sup> Vgl. zu diesem Hintergrund *Heumos*, Peter: Die große Camouflage? Überlegungen zu Interpretationsmustern der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Februar 1948. In: *Schmidt-Hartmann*, Eva (Hg.): *Kommunismus und Osteuropa. Konzepte, Perspektiven und Interpretationen im Wandel*. München 1994, 221-241 (VCC 76).

<sup>10</sup> *Geißler*: Entstehung und Entwicklungsgang 23, 37, 45-49, 60-63 (vgl. Anm. 3).

<sup>11</sup> *Matis*, Herbert: *Österreichs Wirtschaft 1848-1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josefs I.* Berlin 1972, 48 f. – *Geißler*: Entstehung und Entwicklungsgang 101-104, 107 f. (vgl. Anm. 3).

Zentralismus ohne wesentliche Einwirkungsmöglichkeiten in den Institutionen des Gesamtstaats, sah sich im Kampf um die nationale Emanzipation in erster Linie auf die Kammern als Organe der Einflussnahme verwiesen. In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts existierten bereits tschechische Mehrheiten in den Kammern Prag, Pilsen und Budweis (České Budějovice).<sup>12</sup> Die Kriegswirtschaft des Ersten Weltkriegs verstärkte den Behördencharakter der Kammern. Damit ging eine Beeinträchtigung der Kammerautonomie einher, da die Amtsperiode der aus freier Wahl hervorgegangenen Kammermitglieder von den Behörden mehrfach, zuletzt durch das Gesetz vom 30. Dezember 1917, verlängert wurde.<sup>13</sup>

Die Gründung der Tschechoslowakischen Republik und der daraus resultierende Wandel in den deutsch-tschechischen Machtbeziehungen zog auch Umschichtungen in den „nationalen Verhältnissen“ („národnostní poměry“) an der Spitze der Kammern nach sich. Da eine umfassende Neuordnung des Kammerrechts die Umbildung ungemein komplizierter Rechtsmaterien vorausgesetzt hätte, die unter den Ausnahmebedingungen der ersten Nachkriegszeit nicht unverzüglich durchzuführen war, verfügte das Prager Handelsministerium am 20. Januar 1919, dass vorläufig die Zusammensetzung der Kammergremien abweichend von den bis dahin geltenden gesetzlichen Vorschriften per Verordnung geregelt werden könne. In der Folge wurden in Böhmen, Mähren und Schlesien die zuletzt 1911 gewählten Kammern aufgelöst, ihre Mitglieder jedoch in eine „Verwaltungskommission“ überführt. Auf diese wurden die bisherigen Kompetenzen der Kammern übertragen.<sup>14</sup>

Bei der Einrichtung der Verwaltungskommissionen 1919 war das starke Bestreben auffällig, die Nationalitätenproportionen auch unter den neuen Machtverhältnissen einvernehmlich auszuhandeln; von „Aufsaugung“ und „Verdrängung“ konnte nicht die Rede sein. Jenseits dieser „Generallinie“ lassen sich in den einzelnen Kammern jedoch Sonderentwicklungen konstatieren: Die 1850, im Jahre ihrer Gründung, fast ausschließlich deutsche Prager Kammer hatte bereits wenige Jahre später eine tschechische Majorität aufgewiesen, die auf das Wachstum der innerböhmischen – d. h. in erster Linie der tschechischen Wirtschaft im ausgehenden 19. Jahrhundert – zurückzuführen war.<sup>15</sup> Die synchron zum Aufstieg der nationaltschechischen Wirtschaft zunehmende Zahl von Tschechen in der Kammer<sup>16</sup> hatte die Kammer Spitze allerdings bereits vor 1918 nicht daran gehindert, mit den „deutschen Kammern“ in Böhmen gute Beziehungen zu pflegen und etwa die Belange der böhmischen Wirt-

<sup>12</sup> Lacina, Vlastislav: *Hospodářství českých zemí* [Die Wirtschaft in den böhmischen Ländern] 1880-1914. Praha 1990, 19, 24.

<sup>13</sup> Čelakovský: Handels- und Gewerbekammern 9 (vgl. Anm. 3).

<sup>14</sup> *Ebenda* 9 f. – *Věstník ústředny československých obchodních komor* 7 (1928) 296. – Instruktiv auch der Rückblick in der Begründung zum Entwurf des Kammerreformgesetzes von 1938. Vgl. Gesetzentwurf über Handels-, Gewerbe- und Industriekammern, undatiert (1938). NA, MPOŽ, Karton 766, sek 1/19 514/8.

<sup>15</sup> Gruber, Josef: *Die Handels- und Gewerbekammer in Prag in den ersten fünfzig Jahren ihres Bestehens 1850-1900*. Teil 1. Prag 1900, 1 f., 7.

<sup>16</sup> Diesen Zusammenhang hoben besonders nationalbewusste Tschechen wie der Prager Primator (Oberbürgermeister) Karel Baxa hervor: Vgl. etwa die Rede Baxas, Festversammlung zum 75. Jubiläum der Handels- und Gewerbekammer Prag, 18.11.1925. NA, MPOŽ, Karton 521.

schaft in gemeinsamen Sitzungen zu erörtern.<sup>17</sup> Ein Indiz für die auch nach 1918 fortbestehende deutsche Präsenz in Prag selbst war die Zweisprachigkeit der Kammerpublikationen.<sup>18</sup> Die Verwaltungskommission wurde unter Wahrung des nationalitätenpolitischen Status quo ernannt: Da die Kammermehrheit bereits tschechisch war, erübrigten sich größere Umschichtungen; die Personalvorschläge griffen fast durchweg auf die eingesessenen Kammerräte zurück. Wo dies nicht der Fall war, lagen die Gründe nicht in der Nationalität, sondern in den je persönlichen Umständen des Kandidaten.<sup>19</sup>

In Brünn galt einer Abmachung mit der bisherigen deutschen Mehrheit zufolge die bestehende Verteilung der Mandate bis Ende 1918 weiter und sollte dann den neuen politischen Verhältnissen angepasst werden.<sup>20</sup> Unumstritten war jedoch, dass weiter etwa ein Drittel der Mandate den Deutschen zustehen würde.<sup>21</sup> Deren Domäne war die Industriesektion; in dieser lag ihr Anteil an den Mandaten weit über dem durchschnittlichen deutschen Mandatsanteil. Sie standen hier mit den Tschechen gleichauf, während diese in Handel und Gewerbe dominierten. Die Forderungen der Deutschen nach Vertretung in der Kammerspitze wurden zögerlich behandelt, letztlich aber erfüllt: Mit dem Ersten stellvertretenden Vorsitzenden war den Deutschen die gewünschte Repräsentation im Kammerpräsidium gesichert.<sup>22</sup> Wenig geräuschvoll gingen auch nationalpolitisch motivierte Veränderungen an der Spitze der Kammerverwaltung vor sich. In Anbetracht der veränderten nationalpolitischen Lage trat der Erste Sekretär der Kammer, der Deutsche Robert Mayer, dem Wunsch des Ministeriums folgend, in den Ruhestand. War die Zwangspensionierung auch offensichtlich auf politischen Druck hin zustande gekommen, so wurde sie doch juristisch korrekt auf der Grundlage der Pensionsordnung der Kammer abgewickelt. Mayers Gehalt wurde bis Ende 1919 weitergezahlt, seine Dienstwohnung ihm vorerst belassen.<sup>23</sup> Auch in Pilsen ernannte das Handelsministerium eine mehrheitlich tschechische Verwaltungskommission, in der den Deutschen knapp ein Viertel –

<sup>17</sup> Rede Friedrich Scherbs, Festversammlung zum 75. Jubiläum der Handels- und Gewerbekammer Prag, 18.11.1925. NA, MPOŽ, Karton 521.

<sup>18</sup> Bis 1923 publizierte die Kammer ihre Quartalsberichte auf tschechisch und auf deutsch. Ab Anfang 1924 erschienen die tschechischen Geschäftsberichte als Halbmonatsschrift unter dem Titel „Zprávy obchodní a živnostenské komory“ (Berichte der Handels- und Gewerbekammer). Daneben gab es die deutschsprachigen „Mitteilungen der Handels- und Gewerbekammer Prag“. Vgl. dazu *Gruber: Handels- und Gewerbekammer 125* (vgl. Anm. 15).

<sup>19</sup> So wurde z. B. gegen einen Anwärter ins Feld geführt, „seine“ Branche betrachte ihn nicht mehr als ihren legitimen Vertreter.

<sup>20</sup> Handels- und Gewerbekammer Brünn an MPOŽ, 11.12.1918. NA, MPOŽ, Karton 408, sek 1/11 070/1918-23.

<sup>21</sup> Handels- und Gewerbekammer Brünn an MPOŽ, 27.1.1919. NA, MPOŽ, Karton 408, sek 1/11 070/1918-23.

<sup>22</sup> Handels- und Gewerbekammer Brünn an MPOŽ, 24.12.1919. – Aktenvermerk MPOŽ, undatiert. Beide NA, MPOŽ, Karton 408, sek 1/11 070/1918-23.

<sup>23</sup> Handels- und Gewerbekammer Brünn an MPOŽ, 18.11.1918. – Aktenvermerk MPOŽ, 30.11.1918. – Handels- und Gewerbekammer Brünn an MPOŽ, 5.12.1918. Alle NA, MPOŽ, Karton 408, sek 1/11 070/1918-23.

acht von 42 – der Sitze zufiel; ihr Schwerpunkt lag ebenfalls in der Industrie-sektion.<sup>24</sup>

Weniger reibungslos verlief der Umschwung in der Kammer Eger (Cheb). Das Egerland, der westlichste Teil des deutschen Sprachgebietes in Böhmen, pflegte traditionell das Bewusstsein, „Eckstein des Deutschtums“ zu sein. Obwohl die deutsche Bevölkerung Anfang der 1920er Jahre aufgrund der Kriegsverluste zurückgegangen war, die Zahl der tschechischen Bewohner hingegen aufgrund der Garnison und bedingt durch die Versetzung tschechischer Verwaltungsbeamter in diesen Teil des Landes zugenommen hatte, war das Gebiet weiterhin überwiegend deutsch besiedelt. Der einzige mehrheitlich tschechische Bezirk war Laun (Louny). Davon abgesehen bewegte sich der Anteil der Tschechen zwischen einem Viertel im Bezirk Brüx (Most) und den einige wenige Personen zählenden Minderheiten in Asch (Aš), Graslitz (Kraslice), Joachimsthal (Jáchymov) und Neudeck (Nejdek).<sup>25</sup>

Ungeachtet ihres nicht ganz unmaßgeblichen wirtschaftlichen Gewichts waren die Tschechen wegen des Mehrheitswahlrechts in der Kammer bis dahin überhaupt nicht vertreten gewesen. Die Staatsgründung vom Herbst 1918 stellte in Eger deshalb auch eine tiefere Zäsur dar als in den bereits gemischten Kammern Prag, Pilsen und Brünn; vor dem Hintergrund der Konflikte um Deutschböhmen waren die Friktionen bei der Einsetzung der Verwaltungskommission ungleich heftiger.<sup>26</sup> Offensichtlich um einer „Tschechisierung“ zuvorzukommen, suchte die Kammer vollendete Tatsachen zu schaffen: Am 10. Januar 1919 bestätigte die Plenarversammlung den bisherigen Präsidenten Friedrich Scherb und seinen Stellvertreter Friedrich Reifenstuhl mit großer Mehrheit im Amt.<sup>27</sup> Die Forderung des Ministeriums nach Aufnahme tschechischer Mitglieder in die Verwaltungskommission stieß, weil sie als nationalpolitisch motivierter Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Kammer aufgefasst wurde, in der tumultartig verlaufenden Sitzung auf „lebhaften Widerstand“.<sup>28</sup> Sie provozierte Ankündigungen deutscher Kammerräte, ihre Mandate zurückzugeben und eine Berufung in die neue Verwaltungskommission ablehnen zu wollen. In realistischer Einschätzung der Machtverhältnisse lenkte die Kammer jedoch bereits wenig später ein und bekundete, „unter dem Zwange der obwaltenden Verhältnisse“ der Einsetzung einer Verwaltungskommission „keinen weiteren Widerstand“ entgegenzusetzen und maximal vier von 42 Mandaten den Tschechen überlassen zu wollen.<sup>29</sup>

<sup>24</sup> So in der Rückschau Aktenvermerk MPOŽ, 23.4.1926. NA, MPOŽ, Karton 550, sek 1/8261/24/1925-26. Zeitlich näher liegende Aktenstücke waren nicht auffindbar.

<sup>25</sup> Anhang zum Auszug aus dem Protokoll der Plenarsitzung der Handels- und Gewerbekammer Eger, 10.1.1919. NA, MPOŽ, Karton 384, 2531/19.

<sup>26</sup> Deutsche Paßstelle Eger an Auswärtiges Amt (AA), 30.5.1925. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA), R 73 825.

<sup>27</sup> Auszug aus dem Protokoll der Plenarsitzung der Handels- und Gewerbekammer Eger, 10.1.1919. NA, MPOŽ, Karton 384, 2531/19.

<sup>28</sup> „Es bedurfte der stärksten Einflussnahme des Präsidiums, um eine ruhige Verhandlung zu erzielen.“ *Ebenda*.

<sup>29</sup> Handels- und Gewerbekammer Eger an MPOŽ, 22.1.1919. NA, MPOŽ, Karton 384, 15 872/19.

Wenige Wochen darauf löste das Handelsministerium die Kammer auf und übertrug die Führung der Geschäfte auch in Eger einer Verwaltungskommission. Diese jedoch setzte sich, bezeichnend für den „samtenen Umsturz“ von 1918/19, durchweg aus alten Kammerräten zusammen, die sich in der aus der Vorkriegszeit übernommenen Sektionengliederung einfanden; an der Spitze der Kammer standen wieder Scherb und Reifenstuhl. Die vier neu aufgenommenen Angehörigen der tschechischen Minderheit verdrängten keine Alteingesessenen, sondern besetzten ohnehin vakante Mandate.<sup>30</sup> Unverändert beibehalten wurden die Ausschüsse; auch die alte Geschäftsordnung galt weiter.<sup>31</sup>

Wider Erwarten hatte das administrative Provisorium der Ernennungen bis zum Ende der Ersten Republik Bestand. Sieht man von den von Fall zu Fall erforderlichen Routineergänzungen in der Folge des Ausscheidens von Mitgliedern aufgrund von Alter, Tod oder aus sonstigen privaten Gründen und Umständen ab, so erfolgte die personelle Aufstockung der Kommissionen in zwei großen Schüben 1926/27 und 1936. Rückte man 1926 von den 1919 fixierten Nationalitätenproportionen faktisch zum Teil auch bereits ab, so wurden diese doch von allen Beteiligten noch als Geschäftsgrundlage und Richtschnur anerkannt. Zehn Jahre später hatten die Deutschen auf der Einhaltung einer „deutschen Quote“ bereits nachdrücklich zu insistieren. Waren zudem 1926 deutsche Positionsverluste in einer Sektion durch die Verstärkung ihres Gewichts an anderer Stelle ausgeglichen worden, sodass die Proportionen insgesamt gewahrt blieben, so war 1936 von solchen Kompensationen nicht mehr die Rede. Dementsprechend lauter fielen die Proteste gegen „Zurücksetzungen“ aus.

Hintergrund der Verschiebungen zuungunsten der Deutschen war der Zugriff politischer Gruppierungen auf die Verwaltungskommissionen. Diese wurden, obwohl der Idee nach eigentlich unpolitische Expertengremien, nun zunehmend zur Beute des Parteienstaates. Anstoß für die erste Penetration der Kommissionen durch Parteileute im Jahr 1926 war die Verlagerung der politischen Gewichte in der Folge der Parlamentswahlen von 1925, durch die an die Stelle des „Fünferbündnisses“, der „Pětka“, die Sechserkombination – „Šestka“ – mit der Agrarpartei, der Tschechischen Volkspartei, den Nationaldemokraten, der Tschechischen Gewerbspartei, dem Bund der Landwirte und den deutschen Christlich-Sozialen trat. Von besonderer Bedeutung war der Aufstieg der Tschechischen Gewerbspartei, einer Interessenformation des gewerblichen Mittelstandes im Schlepptau der Agrarpartei,<sup>32</sup> die nach den Wahlen von 1920 mit sechs Mandaten in der Opposition gestanden hatte, jetzt aber über 13 Sitze im Abgeordnetenhaus und sechs im Senat verfügte und mit Josef

<sup>30</sup> Mitteilung des Präsidiums auf der konstituierenden Sitzung der Verwaltungskommission, 24.4.1919, Anlage zu: Handels- und Gewerbekammer Eger an MPOŽ, 26.4.1919. NA, MPOŽ, Karton 384, 15 872/19.

<sup>31</sup> Handels- und Gewerbekammer Eger an MPOŽ, 26.4.1919. – Protokoll der Sitzung am 24.4.1919. Beide NA, MPOŽ, Karton 384, 15 872/19.

<sup>32</sup> Lemberg, Hans: Die tschechischen Konservativen 1918–1938. In: Bosl, Karl (Hg.): Aktuelle Forschungsprobleme um die Erste Tschechoslowakische Republik. München, Wien 1969, 113–131, hier 124 f. (BWT 1).

Najman den Eisenbahnminister stellte. Sie profitierte nicht als Einzige, aber doch in erster Linie von den Ernennungen.<sup>33</sup>

Durch die Wahlen von 1935 gewann die Gewerbeartei weitere fünf Mandate hinzu.<sup>34</sup> Im dritten Kabinett Malypetr war sie eine tragende Säule, da die Regierung nur über eine knappe Mehrheit verfügte.<sup>35</sup> Najman übernahm nun das Handelsministerium, das bis dahin eine Domäne der Nationaldemokraten gewesen war. Beides spielte sich vor dem Hintergrund der krisenbedingten Radikalisierung des Mittelstandes<sup>36</sup> ab und löste in den Verwaltungskommissionen einen erneuten Erweiterungsschub zugunsten der Gewerbeartei aus, den auch die erheblichen Vorbehalte der Industrie gegen den Minister – einen prononcierten Vertreter mittelständischer Belange – nicht verhindern konnten.<sup>37</sup> Nach Najmans Ableben 1937 hätten sich industrielle Kreise dringend einen „Fachmann“ als Nachfolger<sup>38</sup> gewünscht. Doch auch der neue Minister Rudolf Mlčoch, wiederum ein Mitglied der Gewerbeartei, hatte sich in der Olmützer Kammer einen soliden Ruf als Herold mittelständischer Interessen erworben.

Mit dem Andrang der Parteien und der parteipolitischen Imprägnierung der Kammern war ein weiterer Umstand eng verbunden: Um die häufig konkurrierenden und konfligierenden Ansprüche nicht nur der Gewerbeartei zu befriedigen, wurde im Regelfall der nächstliegende und bequemste Weg, nämlich die Erweiterung der Verwaltungskommissionen, gewählt. Deren Mitgliederzahlen hatten sich Ende der 1920er Jahre stark erhöht, in einigen Fällen sogar verdoppelt.<sup>39</sup> Im Zuge dieser

<sup>33</sup> Österreichische Gesandtschaft Prag an BAA, 23.7.1926. Österreichisches Staatsarchiv (ÖstA), Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten Wien (BAA), Gesandtschaft Prag, Zl. 118/Pol.

<sup>34</sup> Pimper, Antonín: Úkoly naší hospodářské politiky v zrcadle volebních výsledků [Die Ziele unserer Wirtschaftspolitik im Spiegel der Wahlergebnisse]. In: Hospodářský archiv 14 (1935) 321.

<sup>35</sup> Vgl. zu diesem Kabinett allgemein Der Wirtschafts-Ring 8 (1935) 666. – Die Börse vom 6.6.1935.

<sup>36</sup> Lemberg: Die tschechischen Konservativen 124 f. (vgl. Anm. 32). – Die Forderungen erinnerten in vielem an die des reichsdeutschen Mittelstands in den 1920er und 1930er Jahren: Im Wesentlichen ging es um den Kampf gegen die „neuen Betriebsformen“ im Handel und um eine zusätzliche Erschwerung des Zugangs zu Handel und Gewerbe. Vgl. Bericht über die Vollversammlung der Vereinigung der Handelsgremien in Böhmen in: Hospodářský archiv 14 (1935) 388. – Ähnlich die Hauptversammlung des Landesverbandes der deutschen Kaufmannschaft Böhmens in Teplitz-Schönau: vgl. Prager Tagblatt vom 3.7.1935. – 1935 wurde mit dem Gesetz Nr. 162 in einigen Branchen eine teilweise Errichtungssperre für neue Betriebe verfügt. Vgl. Prager Tagblatt vom 27.7.1935.

<sup>37</sup> Zu den Präferenzen des Zentralverbands bezüglich des neuen Handelsministers vgl. etwa Mixa an Preiss, undatiert. Archiv národní banky (heute: Archiv české národní banky) [Archiv der Nationalbank (heute: Archiv der Tschechischen Nationalbank), ANB], Živnostenská banka [Gewerbebank, ŽB], S VII/I-1-I, 563. – Najmans Grundsatzrede zur Wirtschaftspolitik auf der Vollversammlung des Zentralverbands am 25.6.1935 zeigte deutlich, dass er ungeachtet verbindlicher Floskeln und der Beschwörung der gemeinsamen Interessen des privaten Unternehmertums gewillt war, der Industrie ihre Grenzen gegenüber dem gewerblichen Mittelstand aufzuzeigen. Vgl. Rede Najmans, Vollversammlung des Zentralverbands der tschechoslowakischen Industriellen, 25.6.1935. NA, MPOŽ, Karton 242, P-3751.

<sup>38</sup> Hospodářský archiv 16 (1937) 750 f.

<sup>39</sup> Vgl. die Begründung zum Antrag von Slaviček, Netolický und Genossen hinsichtlich der

Aufblähung verloren die Deutschen an Gewicht: Die ihnen 1919 bei der Einrichtung der Verwaltungskommissionen zugemessenen Mandate gingen nicht immer absolut, wohl aber relativ zurück, weil den Deutschen nur ein unterproportionaler Anteil der neuen Sitze zugestanden wurde. Auch dies war jedoch nicht in erster Linie nationalpolitisch motiviert: „Politisierung“ und Vergrößerung der Kommissionen zeigten in erster Linie Terraingewinne der Gewerbeartei bzw. des mittelständischen Gewerbes gegenüber der Industrie an, in der die Deutschen stärker repräsentiert waren.

Herrschte im Handelsministerium also bereits eine grundsätzliche Neigung zur Bevorzugung der Vertreter des Gewerbes vor der Industrie und damit der Tschechen vor den Deutschen, so verstärkten bestimmte Eigenheiten des Auswahlverfahrens diese Tendenzen: Die neuen Kammerräte wurden in der Regel auf der Grundlage einer von der Kammer vorgefertigten Kandidatenliste mit mehr oder minder geringen Modifikationen vom Handelsministerium ernannt. Zwar war dieses rechtlich nicht gehalten, dem Vorschlag zu folgen – faktisch jedoch waren die Ministerialen abhängig vom Informationsvorsprung der Kammer. Deren leitender Sekretär nahm als Clearingstelle der lokalen Interessengruppen sowie als Verbindungsmann zwischen diesen und dem Handelsministerium im Vorfeld der Zusammenstellung der Kandidatenlisten eine zentrale strategische Position ein. In dem unübersichtlichen Geflecht vertraulicher Korrespondenzen und Konsultationen, am Rande von Sitzungen oder anlässlich von Vorladungen ins Ministerium sorgten zudem lokale Politmatadore auf informellem Wege, in manchen Fällen aber auch als offizielle Beauftragte des Handelsministeriums, für zusätzliche Interferenzen, Irritationen und Verzögerungen.

Die Umbildung und Erweiterung der Verwaltungskommissionen geriet so in der Regel zu einem langwierigen, sich oft über Monate hinziehenden Prozess, in dem die Festsetzung des Gesamtumfangs dieses Gremiums, des Anteils der Sektionen, die Festlegung der auf die nationalen, politischen und wirtschaftlichen Organisationen bzw. Gruppen entfallenden Quoten und schließlich deren personelle Auffüllung miteinander verflochten waren. Kompliziert war bereits die erste Stufe: die Ausarbeitung der Vorschläge im Einvernehmen mit den Interessengruppen. Nicht selten kam es schon hier zu zeitraubenden Nachbesserungen aufgrund von Interventionen zu kurz Gekommener beim Handelsministerium, sodass allein die Vorbereitungsphase oft mehrere Durchgänge umfasste. In einigen Fällen wurde sogar eine vom Ministerium bereits verfügte Umbesetzung *post festum* – nach Interventionen einflussreicher Persönlichkeiten oder Organisationen – einmal oder sogar mehrere Male umgestoßen. Erleichterungen bzw. eine Erweiterung der Handlungsspielräume ergaben sich dort, wo zum Zeitpunkt der Umbesetzung Vakanzen aufgrund von Todesfällen, Krankheit oder Ähnlichem bestanden oder wo das Ministerium im Vorfeld der Umgruppierung den Rücktritt „toter Seelen“ – betagter oder an der Mitarbeit nicht mehr interessierter Kammermitglieder – erzwungen hatte.

---

Reorganisation der Handels- und Gewerbekammern, 19.2.1930. In: Tisky k těsnopiseckým zprávám Poslanecké sněmovny [Drucksachen zu den stenografischen Berichten des Abgeordnetenhauses], 3. Wahlperiode, Drucksache 236.

Unter den gegebenen parteipolitischen Kräfteverhältnissen brachte der Ernennungsmechanismus also beinahe automatisch eine „Begünstigung“ des tschechischen Elements mit sich. Wurzel des Übels war hier der „morbus politicus“: Das Ernennungsprinzip schuf Erbhöfe und Pfründen, die im Machtgeflecht der Parteienpolitik trefflich als Verfügungsmasse zu nutzen waren. Bezeichnenderweise war der Intrigensumpf rund um die Ernennungen, „das Liebesverhältnis eines willfährigen Handelsministeriums und der streitbaren politischen Parteien“, Gegenstand ausgiebiger Empörung auch tschechischer Kritiker.<sup>40</sup> Der Ruf nach Reform, insbesondere aber nach der Ersetzung der Kommissionen durch gewählte Selbstverwaltungsorgane durchzog als „Basso continuo“ die gesamte Zwischenkriegszeit. Zu hören war er nicht nur aus den deutschen, sondern auch, ja sogar in erster Linie aus den mehrheitlich tschechischen Kammern. So beklagte beispielsweise die Pilsener Kammer mehrere Male die dem Ernennungsprinzip geschuldeten Legitimationsdefizite und warnte, die ausbleibende Zufuhr frischer Kräfte werde zu einer Vergreisung und Verknöcherung der Kammern führen.<sup>41</sup> Dass es trotz der permanenten Debatten niemals zur Verabschiedung des Reformgesetzes kam, hatte mehrere Gründe: Die Kammerreform war offensichtlich eine hochpolitische Frage, situiert auf einem tückischen Feld, auf dem zahlreiche Fallgruben drohten. Dass die Verantwortlichen kniffen, erschien nachvollziehbar: Warum, so die rhetorische Frage, sollte ein Minister das Odium des „Volksverrätters“ – etwa in der Frage der Kammerbezirksabgrenzung – auf sich nehmen? Warum überhaupt sollte man den Kammern mehr Kompetenzen geben, wenn es sich auch ohne sie arbeiten ließ?<sup>42</sup> Das Handelsministerium, so eine weitere Vermutung, verschleppte die Reform aus Furcht vor einer Minderung seines Einflusses. Nicht zuletzt wäre eine Änderung des Status quo den Interessen der Gewerbekammer zuwidergelaufen, nachdem diese einmal die Bestellung ihrer Vertrauensleute durchgesetzt hatte.<sup>43</sup>

Die parteipolitische Durchdringung der Kommissionen, deren Aufblähung und die damit verbundene Verschiebung der internen Gewichte zugunsten des (mehrheitlich tschechischen) Mittelstandes auf Kosten der (mehrheitlich deutschen) Industrie war ein Generalthema mit zahlreichen Variationen. So war die parteipolitische Imprägnierung in der Prager Kammer besonders deutlich. Diese war im Wirtschaftsleben der Ersten Republik von großer Bedeutung und zentrale Schaltstelle der tschechischen Wirtschaft und bereits in der ersten Hälfte der 1920er Jahre, also noch vor den Umbesetzungswellen, relativ stark politisiert. Die Um-

<sup>40</sup> Hejda, Jiří: A opět: Politika a hospodářství. Obchodní komory [Und noch einmal: Politik und Wirtschaft. Die Handelskammern]. In: Přítomnost 4 (1927) 84-86. – Ders.: Die Handelskammern. In: Die Wirtschaft 9 (1927) 55-57.

<sup>41</sup> Handels- und Gewerbekammer Pilsen an MPOŽ, 17.11.1923. NA, MPOŽ, Karton 763, 19 514/32. – Handels- und Gewerbekammer Pilsen an MPOŽ, 17.11.1924. – Handels- und Gewerbekammer Pilsen an MPOŽ, 30.10.1925. Beide NA, MPOŽ, Karton 550, sek 1/8 261/24/1925-26. – Bemerkungen des Referenten der Handels- und Gewerbekammer Pilsen zum Regierungsentwurf des Gesetzes über die Handelskammern, 26.6.1926. NA, MPOŽ, Karton 763, 19 514/32.

<sup>42</sup> Hejda: A opět (vgl. Anm. 40).

<sup>43</sup> Mayer, Jindřich: Einige Bemerkungen zur Kritik der Handelskammern. In: Die Wirtschaft 9 (1927) 559 f.

besetzung des Jahres 1926 trieb diese Tendenz weiter voran<sup>44</sup> und führte zu einer beträchtlichen Vergrößerung der Verwaltungskommission. In den Erwägungen, die der Kammersekretär František Samek im Vorfeld anstellte,<sup>45</sup> wurde einer ganzen Reihe bislang nicht in Erscheinung getretener politischer und wirtschaftlicher Gruppierungen Sitz und Stimme zugewilligt. Der überwiegende Anteil der Mandate – etwa die Hälfte – war der besonders rührigen Gewerbeartei zugedacht, die dem Handelsministerium bereits von sich aus ihre Vorschläge zugeleitet hatte. Nachdem zeitweise eine Vergrößerung von 49 (1919) auf nicht weniger als 82 Mandate – 64 tschechische und 18 deutsche – erwogen wurde, bewegte sich die Erhöhung der Mandatszahl, die nach langen Monaten durch einen Erlass des Handelsministeriums vom 8. Januar 1927 verfügt wurde, auf nicht weniger als 78 immer noch in wahrhaft hauptstädtischen Dimensionen. Der große Gewinner war die Gewerbeartei, während die Deutschen als deutlicher Verlierer abschlossen: Ihr Anteil war von knapp einem Viertel der Mandate auf etwas mehr als ein Fünftel gesunken. Eine gewisse, wenn auch sicherlich ungenügende Kompensation für die Zurückstufung der Deutschen lag darin, dass der Vorsitzende des Klubs der deutschen Kammermitglieder – einer lose geflochtenen Gruppierung der Kammerräte deutscher Nationalität –, der Kaufmann Wolf-Zdekauer, in das dreizehnköpfige Präsidium der Kammer gewählt wurde.<sup>46</sup> Schon bevor 1936 die Verwaltungskommission ein letztes Mal umgeschichtet wurde, war sie nach und nach auf nicht weniger als 92 Mitglieder aufgestockt worden. Am 19. Juni 1936 entschied das Ministerium über die Zusammensetzung der Prager Verwaltungskommission, die nun 99 Mitglieder umfasste. Auf jede der drei Sektionen entfielen 33 Mandate; die Zahl der deutschen Sitze war in Prag nicht nur relativ, sondern sogar absolut gesunken und betrug nur mehr 14; den Tschechen fielen 85 Mandate zu.<sup>47</sup> Frappierend war hier wie in anderen Fällen die Hartnäckigkeit der Interessenvertreter des Kleingewerbes, die Gesichtspunkte außerhalb des engsten Eigeninteresses konsequent vernachlässigten. Ein Schildbürgerstreich sei, so der renommierte Wirtschaftspublizist Jiří Hejda, der Triumph des Kleingewerbes in der Olmützer Kammer: Dieses habe es fertig gebracht, die Großindustrie des Ostrauer Bezirks, welche siebzig Prozent des Kammeretats bestritt, von der Verwaltungskommission gänzlich fern zu halten. Die Kommissionen seien „Stimmvieh“ der Vorsitzenden; einziges Problem, so Hejda ironisch, seien die zu kleinen Sitzungssäle, was in Olmütz (Olomouc) und Budweis folgerichtig zu Neubauten geführt habe.<sup>48</sup>

Das Ineinander, die Mehrdimensionalität und die Überlappung der Proportionen wird vom Brüner Beispiel trefflich illustriert. Hatte man in Brünn 1919 lediglich auf die Präsenz der wichtigsten Gewerbebranchen und die Gewichtung von Regionen und

<sup>44</sup> Vgl. zum Hintergrund die Rede des amtierenden stellvertretenden Vorsitzenden Grossmann auf der Sitzung der Verwaltungskommission, 4. 6. 1926, in: *Národní listy* vom 5. 6. 1926.

<sup>45</sup> Handels- und Gewerbeamt Prag an MPOŽ, 7. 7. 1926. NA, MPOŽ, Karton 521.

<sup>46</sup> Vgl. *Reforma* vom 25. 2. 1927.

<sup>47</sup> Information für den Minister, 31. 5. 1938. NA, MPOŽ, Karton 526, sek 1/1937–39.

<sup>48</sup> *Hejda: A opět. – Ders.: Handelskammern* (beide vgl. Anm. 40). – Kritik an diesem „Partikularismus“ der Industrie übte auch der „*Hospodářský rozhled*“ vom 15. 8. 1929.

Kommunen Wert gelegt, so war das am 17. Mai 1926 in der Verwaltungskommission verhandelte Personalpaket auf komplizierteste Weise verschachtelt. Es orientierte sich am Nationalitätenschlüssel, berücksichtigte zusätzlich aber auch das Verhältnis der Sektionen und Branchen, beinhaltete eine Gewichtung von Stadt und Land und nahm nicht zuletzt auf den Parteienproporz Rücksicht. Diese Aspekte waren miteinander verschränkt: So sollten etwa die ländlichen Bezirke des Kammersprengels im Rahmen der „deutschen Abteilung“ der Verwaltungskommission stärker repräsentiert werden, weil dort bislang nur ein einziger Kammerrat vom Lande stammte. Zusätzlich wurde nun, nachdem die in der Unternehmerschaft zahlreich vertretenen Juden bis dahin in der Kammer entweder als Deutsche oder als Tschechen firmiert hatten, die Zugehörigkeit zum Judentum in positiver oder negativer Hinsicht relevant. Letzteres traf zu, als die Ortsgruppe des Industriellenverbands in Znam (Znojmo) nicht ihren Ersten Vorsitzenden, einen Juden, sondern dessen Stellvertreter als Kandidaten benannte. Der Vorsitzende erschien als nicht vermittelbar, da die Deutschen der Meinung waren, im Rahmen des deutschen Klubs gehöre bereits eine ausreichende Anzahl jüdischer Unternehmer der Kammer an.<sup>49</sup> 1936 war das Gewicht der jüdischen Unternehmer im Brünnner Bezirk so bedeutend, dass diese sich als eigenständige Interessengruppe formierten und als Konkurrenten der Deutschen auftraten. Jüdische Kandidaten spielten allerdings nach wie vor auch als Parteigänger der Deutschen oder der Tschechen eine wichtige Rolle.

In den Industriesektionen der Kammern war,<sup>50</sup> so etwa in Brünn, meist die gesamtstaatliche Industrieorganisation, der Ústřední svaz československých průmyslníků (ÚSČP – Zentralverband der tschechoslowakischen Industriellen), bestimmend. Entgegen dem ersten Anschein beeinträchtigte dieser Umstand jedoch nicht unbedingt das „Standing“ der Deutschen. Allgemein galt, dass dem als „tschechoslowakisch“ firmierenden Zentralverband, der von den Regierungen als offizielle Vertretung der Industrie des Gesamtstaates anerkannt wurde, auch viele deutsche Industrielle angehörten. Die Grenzen zwischen diesem und der Interessenvertretung der deutschen Industrie, dem Deutschen Hauptverband der Industrie in der Tschechoslowakei (DHI), waren verschwommen. In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre bewegten sich Zentral- und Hauptverband in Richtung des 1928 dann endgültig vollzogenen Zusammenschlusses; Doppelmitgliedschaften deutscher Unternehmer waren bereits davor häufig. Vor diesem Hintergrund erstaunt nicht, dass sich der Zentralverband in den Kammern häufig durch deutsche Unternehmer vertreten ließ. Diese gehörten zusätzlich dem Klub der deutschen Kammerräte an, firmierten also sowohl als Vertreter der Industrie als auch der Deutschen.

In der Industriesektion der Brünnner Kammer allerdings drang der Zentralverband prononcierter als andernorts auf Vertretung durch nationaltschechische Unternehmer. Weil der Zentralverband hierbei durchaus auch eine Schmälerung der deutschen Position billigend in Kauf nahm, setzte 1926 ein Tauziehen zwischen den

<sup>49</sup> Handels- und Gewerbekammer Brünn an MPOŽ, 17.5.1926. NA, MPOŽ, Karton 408, sek 1/11 070/1924-26.

<sup>50</sup> Aktenvermerk MPOŽ, 4.10.1926. NA, MPOŽ, Karton 408, sek 1/11 070/1924-26.

Deutschen und dem Zentralverband um die Industriemandate ein.<sup>51</sup> Hintergrund dieser speziellen Konstellation war vermutlich, dass die Brüner deutschen Unternehmer über ihre eigene Organisation in Gestalt des Verbands der mährischen Industriellen verfügten und die Grenze zwischen diesem und dem Zentralverband deutlicher als andernorts eine tschechisch-deutsche Scheidelinie darstellte.

Gängiger war jedoch die Abfederung von Antagonismen durch Mehrfachmitgliedschaften, -affinitäten und -loyalitäten. Dass Kandidaten in mehr als eine Richtung als Kompromisslösung vermittelbar erschienen, erleichterte es, Interessen auszutariieren. 1930 beispielsweise wurde in Brünn für ein vakantes Industriemandat ein sich zur deutschen Nationalität bekennender jüdischer Unternehmer vorgeschlagen. Der Kandidat beherrschte aber auch perfekt die Staatssprache, sein Wirtschaftsverband hatte ihn ausdrücklich als „bewussten“ Staatsbürger der tschechoslowakischen Republik ins Spiel gebracht.<sup>52</sup> Sogar in Eger, der Bastion des „Deutschtums“, wurde die deutsch-tschechische Konkurrenz durch „übernationale“ Persönlichkeiten abgemildert. Ein deutscher Besetzungsvorschlag beispielsweise, der im Dezember 1927 im Ministerium eingereicht wurde, erschien auch der tschechischen Minderheit akzeptabel, weil der Kandidat ihr Vertrauen genoss. Nicht nur der deutsche, auch der tschechische Vertreter des Handelsgremiums setzte sich im Ministerium für den Vorgeschlagenen ein, da dieser, obwohl Deutscher, das Tschechische perfekt beherrschte.<sup>53</sup>

In der Industriesektion der Pilsener Kammer war der Unternehmer Otakar Weissberger eine tschechischen, jüdischen und deutschen Industriellen gleichermaßen vermittelbare Integrationsfigur. Bekannt als eigenständige und starke Persönlichkeit, wirkte Weissberger verbindend und verbindlich nach allen Seiten. Er war parteipolitisch nicht festgelegt; er war Jude, bekannte sich aber zur tschechischen Nationalität. Trotzdem hatte er sich nationalpolitisch nie exponiert. Seine guten Beziehungen zur deutschen Seite rührten daher, dass Weissberger schon vor dem Umsturz enge und vielfältige wirtschaftliche Verbindungen nach Wien unterhalten hatte und seine Unternehmen auch nach 1918/19 unverändert auf den Absatz in die überwiegend deutsch besiedelten Gebiete der Republik sowie ins Deutsche Reich angewiesen waren.<sup>54</sup> Als Vorsitzender der Industriesektion begründete Weissberger die für Pilsen charakteristische, besonders ausgeprägte übernationale Kooperation der Industrie in der Kammer. Unter seiner Ägide gelang es, die Industriesektion von Par-

<sup>51</sup> Sekretariat der Handels- und Gewerbekammer Brünn an MPOŽ, 19.6.1926. NA, MPOŽ, Karton 408, sek 1/11 070/1924-26. – Das Handelsministerium hatte am 16. Juni extra angefragt, ob denn auch mit dem Zentralverband über die Umschichtungen verhandelt worden sei. Vgl. MPOŽ an Handels- und Gewerbekammer Brünn, 16.6.1926. NA, MPOŽ, Karton 408, sek 1/11 070/1924-26.

<sup>52</sup> Zentrale der Organisation der tschechoslowakischen Likör- und Spiritusproduzenten und der spiritusverarbeitenden Industrie an MPOŽ, 7.9.1929. NA, MPOŽ, Karton 409, sek 1/11 070/21/1929-30.

<sup>53</sup> Handels- und Gewerbekammer Eger an MPOŽ, 14.12.1927. – Aktenvermerk MPOŽ über die Mitteilung des Abgeordneten Samek, undatiert. – Aktenvermerk MPOŽ, 22.12.1927. Alle NA, MPOŽ, Karton 384, 91 704/27.

<sup>54</sup> Handels- und Gewerbekammer Pilsen an MPOŽ, 29.7.1926. NA, MPOŽ, Karton 550, sek 1/8 261/24/25-26.

teipolitik freizuhalten, obwohl die nationaldemokratische Partei, die sich in Pilsen ausdrücklicher nationaltschechisch gebärdete als anderswo, ihn als jemanden, der Deutsche und Juden protegiere, zur Zielscheibe ihrer Angriffe zu machen suchte.<sup>55</sup> Zu den Voraussetzungen von Weissbergers Erfolg gehörte, dass Pläne für eine Umbildung der Kammerbezirke die Zuteilung der mehrheitlich deutschen politischen Bezirke Plan (Planá) und Marienbad (Mariánské Lázně) aus dem Egerer an den Pilsener Kammer Sprengel vorsahen. Nun war die deutsche Minderheit bereits innerhalb der bestehenden Grenzen des Pilsener Kammerbezirks stark. Der Umbau in der vorgesehenen Form hätte im Fall von Kammerwahlen eine tschechische Mehrheit in Industrie und Handel gefährdet, zumal bei geheimer Abstimmung nicht ausgeschlossen werden konnte, dass die jüdischen Wähler mit den Deutschen stimmen würden. Die Kammer befürwortete deshalb eine nationalpolitisch neutrale „Einheitsliste“ der Industrie, als deren Führer sich Weissberger anbot.<sup>56</sup>

Ein Nachrücken Weissbergers auf den vakanten Präsidentenstuhl hingegen begegnete 1927 beträchtlichen Schwierigkeiten. Indizien sprechen dafür, dass die Quertreibereien nicht zuletzt auf Intrigen in der Wolle gefärbter tschechischer Kammerräte meist nationaldemokratischer Provenienz gegen den „unsicheren Kantonnisten“ zurückzuführen waren. So hatte Weissberger sich gegen eine Verleumdungskampagne der Nationaldemokraten – wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten im Finanzgebaren der Kammer – zu verwahren. Mindestens ebenso schwer wog der Vorwurf, Juden und Deutsche zu protegieren und letzteren sogar einen Vizepräsidentensitz versprochen zu haben. Diese Zusage gestand Weissberger freimütig ein, da angesichts der Wirtschaftskraft beider Gruppen deren Ansprüche nicht ohne Berechtigung seien. Gegenüber dem Ministerium und den Nationaldemokraten plädierte auch die Landesverwaltung für Weissberger: Dieser sei zwar ein ehrgeiziger Autokrat, wisse jedoch die Hebel des Kammerapparats virtuos zu handhaben. Dass er bei den Nationaldemokraten keinen guten Stand habe, müsse allein auf seine parteipolitische Unabhängigkeit – Weissberger war vor dem Krieg Anhänger von Masaryks Realistenpartei gewesen und betrachtete sich seit 1918 nur mehr als ein Mann der Wirtschaft – zurückgeführt werden. In diesem Zusammenhang hielt die Landesverwaltung es allerdings für geraten, die „tschechische Seele“ Weissbergers gegenüber der jüdischen und der „multikulturellen“ herauszustreichen: Obwohl Jude und sehr angesehen bei den tschechischen Juden, sei er seit seiner Jugend konfessionslos. Er habe sich stets zum „Tschechentum“ bekannt, nach dem Kriege die tschechische Wirtschaft unterstützt, sei bei den tschechischen Arbeitern seiner Fabrik sehr beliebt und zudem ein persönlicher Bekannter des Präsidenten der Republik. Zu seinen Gunsten schlug nun auch der – an anderer Stelle als Vorwurf formulierte – Befund aus, er habe nach dem Umsturz keine deutschen Arbeiter mehr angenommen.<sup>57</sup> Weissberger wurde zum Präsidenten ernannt.<sup>58</sup>

<sup>55</sup> Landeskommissar Jindřich Kaufmann an MPOŽ, 29. 1. 1930. NA, MPOŽ, Karton 550, sek 1/8 261/20/29-30.

<sup>56</sup> Vgl. zu diesen Einschätzungen Handels- und Gewerbekammer Pilsen an MPOŽ, 17. 2. 1927. NA, MPOŽ, Karton 550, sek 1/8 261/24/27-28.

<sup>57</sup> Landeskommissar Jindřich Kaufmann an MPOŽ, 29. 1. 1930. NA, MPOŽ, Karton 550, sek 1/8 261/20/29-30.

Generell hielt anscheinend der Zentralverband die Industriesektionen von Parteiinflüssen weitgehend frei. Typischer als die Konkurrenz von Zentralverband und Deutschen war die Konvergenz deutsch-industrieller und gesamtindustrieller Interessen durch beidseitig vermittelbare Führerfiguren Weissbergerschen Zuschnitts. Die Trennlinie zwischen den Nationalitäten war hier viel diffuser als auf den ersten Blick ersichtlich. Die Position der Deutschen in den Verwaltungskommissionen bemisst sich deshalb nicht allein nach der Anzahl der als deutsch firmierenden Kammerräte, in Rechnung zu stellen ist auch der Zugewinn an Einfluss durch die enge Verbindung zum Zentralverband.

Der personelle Umfang der Verwaltungskommissionen entwickelte sich von ihrer Einrichtung 1919 über den Einschnitt von 1926/27 bis zum Jahr 1936 folgendermaßen:<sup>59</sup>

	1919	1926/27	1936
Brünn	49	64	78
Pilsen	42	67	87
Prag	49	78	99
Eger	42	54	54

Die Zahl der Mandate erhöhte sich also durchweg deutlich: in Eger um fast ein Drittel, in Brünn um mehr als die Hälfte, in Pilsen und Prag sogar auf mehr als das Doppelte.

Die Deutschen verfügten jeweils über die folgende Zahl von Kammermandaten:<sup>60</sup>

	1919	1926/27	1936
Brünn	16	21	22
Pilsen	8	12	11
Prag	12	17	14
Eger	38	48	48

In Prozent dargestellt zeigt sich die Entwicklungstendenz noch deutlicher:

	1919	1926/27	1936
Brünn	33	33	28
Pilsen	19	18	13
Prag	24	22	14
Eger	91	89	89

In absoluten Zahlen nahmen von 1919 bis 1926/27 die deutschen Mandate zu, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Allerdings hielt das Wachstum mit dem der Verwaltungskommissionen insgesamt nicht Schritt, was die Folge hatte, dass der Anteil der deutschen Sitze prozentual durchweg abnahm. Am deutlichsten war dies in Pilsen und Prag zu beobachten; hier war von 1926/27 bis 1936 sogar ein absoluter Rückgang zu verzeichnen. Die Positionsverluste von 1926/27 bis 1936 waren sehr viel deutlicher als die zwischen 1919 und 1926/27.

<sup>58</sup> Aktenvermerk MPOŽ, 20.10.1934. NA, MPOŽ, Karton 551, sek 1/8 261/24/1930-34.

<sup>59</sup> Boyer: Nationale Kontrahenten 222 (vgl. Anm. 6).

<sup>60</sup> *Ebenda* 223.

Die Aufschlüsselung nach Sektionen zeigt in den drei tschechischen Kammern hinsichtlich der nationalen Zusammensetzung charakteristische Unterschiede. In den Industriesektionen verfügten die Deutschen generell über die meisten Mandate (in absoluten Zahlen); hier lag ihr Schwergewicht. Hiermit hängt zusammen, dass sich die Vertretung der Deutschen am ehesten in den Industriesektionen als resistent gegen eine Schmälerung erwies.

1919 spielte die Parteipolitik in den Kammern noch kaum eine Rolle, der Vergleich beschränkt sich deshalb auf die Jahre 1926/27 und 1936.<sup>61</sup> Auf der tschechischen Seite entsandten die Agrarpartei, die Gewerbe- und die Nationaldemokraten – bzw. 1936 die Nationale Vereinigung –, Volkssozialisten, Sozialdemokraten, Sozialisten, Volkspartei und die Partei der tschechischen Juden Repräsentanten in die Kammern. Die Domäne der Nationaldemokraten war die Industriesektion; die Partei verfügte aber auch in der Handels- und der Gewebesektion über beträchtliches Gewicht. In den beiden letztgenannten Sektionen war der Einfluss der Gewerbe- und – in geringerem Maße – der Volkspartei konzentriert. Der Löwenanteil der Mandate entfiel auf Nationaldemokraten und Gewerbe- und Volkspartei, in deutlichem Abstand folgten Volkssozialisten und Volkspartei. Diese vier Gruppierungen zusammen beanspruchten mehr als vier Fünftel aller tschechischen Sitze. Auch auf die Verwaltungskommission insgesamt bezogen, besetzten die „Großen Vier“ mehr oder sogar erheblich mehr als zwei Drittel der Kammermandate. Nach absoluter Zahl und prozentualem Anteil an Sitzen lag die Gewerbe- und Volkspartei 1936 in allen Kammern mehr oder weniger deutlich an der Spitze.

Dass die Tschechen darauf gedrängt hätten, ihren Besitzstand auf Kosten des deutschen – also im Sinn eines Nullsummenspiels – zu vergrößern, lässt sich kaum einmal feststellen. Weder in der Kammer noch in nationaltschechischen Kreisen wurde eine Umwidmung von Mandaten befürwortet, Vorstöße nationalistischer Heißsporne blieben sporadisch. Entscheidend für die Schwächung der Deutschen war, dass die tschechischen Parteien vor allem über die Gewerbe- und die Handelssektion ihren Einfluss erweitern konnten. In dieser war das wirtschaftliche Gewicht der Deutschen am geringsten, deutsche Ansprüche waren am schwierigsten zu begründen. Die den tschechischen Parteien zufallenden Mandate hatten einen direkten Positionsgewinn des Mittelstandes und auf diesem Wege die Stärkung des tschechischen Elements zur Folge. Für eine Korrektur, etwa in Gestalt kompensatorischer Mandate für die Deutschen in der Industriesektion war im Handelsministerium, das 1926/27 von einem Nationaldemokraten, und 1936 von einem Vertreter der Gewerbe- und Volkspartei geleitet wurde, vermutlich wenig Aufgeschlossenheit zu erwarten.

Ein dem tschechischen Engagement vergleichbares Interesse der deutschen Parteien existierte nicht. Kandidaten von DNP (Deutsche Nationalpartei) und DNSAP (Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei), später der SHF/SdP (Sudeten-deutsche Heimatfront/Sudetendeutsche Partei), kamen aufgrund mangelnder „politischer Zuverlässigkeit“ nicht in Frage oder standen zumindest vor erheblichen Problemen. Interventionen der aktivistischen Parteien waren höchstens in Spuren-

<sup>61</sup> *Ebenda* 225 f.

elementen zu verzeichnen: Sozialdemokraten und BdL (Bund der Landwirte) standen der Unternehmerkammer gleichgültig gegenüber.<sup>62</sup> Als Vertreter des deutschen Handwerks wären lediglich die Christlich-Sozialen in Betracht gekommen. Eine deutsche Industriepartei war zum Zeitpunkt der Erweiterungsverhandlungen auf der politischen Bühne nicht präsent: Die Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft (DAWG), die einer solchen industriellen Interessenvereinigung am nächsten kam, bestand 1926/27 noch nicht, 1936 dagegen hatten sich ihre führenden Köpfe bereits der SdP angeschlossen.

Was die deutschen Kandidaten anbetraf, so stellte die Beurteilung der „staatlichen“ bzw. „politischen Zuverlässigkeit“ eine gewisse Barriere gegen die Ernennung von Mitgliedern oder Sympathisanten der negativistischen Parteien DNP, DNSAP sowie später der SHF/SdP dar. Lässt sich die Beurteilungspraxis aufgrund der relativ geringen Zahl aktenkundig gewordener Fälle auch nicht systematisch aufbereiten, so werden doch die grundlegenden Züge deutlich: Die Entscheidung fußte auf den vom Handelsministerium bei der Politischen Bezirks- bzw. der Landesverwaltung sowie der Polizei angeforderten Gutachten. Diese wurden in manchen Fällen durch Stellungnahmen der einschlägigen Wirtschaftsverbände ergänzt. „Bürgerliche Dignität“, „kaufmännische Ehrbarkeit“ und „gewerberechtliche Zuverlässigkeit“ waren in der Regel unproblematische Facetten des Begriffs der „Zuverlässigkeit“, da ohnehin nur Kandidaten aus Honoratiorenkreisen in Betracht gezogen wurden. Im Zentrum der Prüfung stand die „politische Überzeugung“.<sup>63</sup> Maßgebliches Kriterium war hier die Einstellung des Kandidaten zur Republik und zum Staatsvolk in einem sehr weitgefassten Sinn. Als Indizien loyaler Gesinnung wurden beispielsweise die Beherrschung der tschechischen Sprache, die Zeichnung von Staatsanleihen oder Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit mit tschechischen Kollegen gewertet.<sup>64</sup> Unproblematisch war die Mitgliedschaft in deutschen aktivistischen Parteien wie der Gewerbe- oder bei den Christlich-Sozialen.<sup>65</sup> Sie retteten einen Kandidaten allerdings nicht automatisch, wenn gewichtige persönliche oder politische Belastungsmomente vorlagen. Dies war beispielsweise der Fall bei einem Mitglied der Gewerbe- oder bei den Christlich-Sozialen hatte: Er war Mitglied des 1933 wegen staatsfeindlicher Tätigkeit aufgelösten Deutschen Nationalvereins gewesen, galt aber auch als Trinker und Randalierer und als gegen alles Tschechische eingenommen. In seinem Betrieb beschäftigte er ausschließ-

<sup>62</sup> Die Linksparteien, dies ein durchgängiger Charakterzug der Debatten um die Kammerreform in der Ersten Republik, waren nur an der Teilfrage interessiert, ob die (Unternehmer-)Kammern herkömmlichen Zuschnitts durch Arbeitnehmer- bzw. Konsumentenkammern zu Gesamtvertretungen der Wirtschaft erweitert werden sollten.

<sup>63</sup> Vgl. etwa MPOŽ an Politische Landesverwaltung Prag, 4.7.1923. NA, MPOŽ, Karton 384, 31 010/23.

<sup>64</sup> Vgl. beispielsweise Landesvereinigung der tschechischen Bäckergesellschaften in Prag an MPOŽ, 13.10.1936. NA, MPOŽ, Karton 397, 2203/21/1936.

<sup>65</sup> Vgl. den Fall eines Kandidaten der Gewerbe- oder bei den Christlich-Sozialen hatte: Er war Mitglied des 1933 wegen staatsfeindlicher Tätigkeit aufgelösten Deutschen Nationalvereins gewesen, galt aber auch als Trinker und Randalierer und als gegen alles Tschechische eingenommen. In seinem Betrieb beschäftigte er ausschließ-

lich Deutsche. Hier war der schlechte Ruf durch Verstöße gegen die bürgerliche Wohlanständigkeit wie durch anrühige politische Verbindungen gleichermaßen begründet, auch wenn eine formale Belastung – etwa in Gestalt einer Vorstrafe – nicht vorlag.<sup>66</sup>

Obwohl es für sich genommen noch kein Makel war,<sup>67</sup> „nationalbewusster Deutscher“ zu sein, hatten Mitglieder der DNP und der DNSAP auch nach der Auflösung dieser beiden Parteien im Oktober 1933 Schwierigkeiten. 1935 etwa instruierte die Egerer Kammer die Wirtschaftsvereinigungen, nur jederzeit loyale Personen kämen als Kammerräte in Frage – mithin schieden frühere Mitglieder der DNP und DNSAP aus.<sup>68</sup> Legte das Parteienauflösungsgesetz von 1933 *sensu stricto* der Mitgliedschaft in der Verwaltungskommission auch kein Hindernis in den Weg, so wollte das Handelsministerium, als von der Kammer in Eger ein ehemaliges DNP-Mitglied vorgeschlagen wurde, eine Angelegenheit von derart grundsätzlicher Bedeutung doch nicht ohne Zuziehung des Innenministeriums entscheiden. Der Makel der Parteimitgliedschaft konnte in diesem Fall nur aufgrund spezieller „mildernder Umstände“ ausgeglichen werden. Die Bezirksbehörde bescheinigte dem Anwärter nämlich einen ausgezeichneten Ruf als Wirtschaftsexperte, zudem Loyalität zum Staat und den rein passiven Charakter seiner Mitgliedschaft in der DNP.<sup>69</sup>

Hatten Mitglieder oder Sympathisanten der negativistischen Parteien grundsätzlich also einen nicht unkomplizierten Stand, so wurde doch nicht schematisch nach Parteizugehörigkeit oder -affinität geurteilt. Die Behörden bemühten sich durchaus in Einzelfallprüfung um eine differenzierte Bewertung des Kandidaten. Die politische Bezirksverwaltung Kaaden (Kadaň) etwa stufte zwei wohlhabende und allgemein geachtete Bürger trotz ihrer Sympathien für die DNP als geeignet ein, da ihre politischen Überzeugungen als gemäßigt galten. Ein prominenter Kaufmann von bestem Ruf war zwar Mitglied der DNP, vermied es jedoch mit Rücksicht auf seine Stellung im Geschäftsleben, sich politisch zu exponieren. Unannehmbar war hingegen ein entschiedener DNP-Anhänger, dessen Register zu allem Überfluss eine Vorstrafe aufwies, weil er gegen Tschechisch sprechende Gäste in einem Café einen Auftritt provoziert hatte.<sup>70</sup>

Gemessen an rechtsstaatlichen Kriterien war die Prüfpraxis trotzdem nicht immer unbedenklich. Das Prozedere war rechtlich nicht fixiert – mit der Folge weiter Ermessensspielräume und bisweilen dubioser Praktiken. Stellungnahmen der Polizei-

<sup>66</sup> Polizeidirektion Reichenberg an MPOŽ, 4.11.1936. NA, MPOŽ, Karton 397, 2203/21/1936.

<sup>67</sup> Bezirksamt Friedland an MPOŽ, 29.3.1938, NA, MPOŽ, Karton 397, 2203/21/1937-38.

<sup>68</sup> Mitteilung der Handels- und Gewerbekammer Eger an MPOŽ, 16.1.1935. NA, MPOŽ, Karton 388, 1148/21/1935. – Vgl. zu einem ähnlichen Fall aus dem Reichenberger Bezirk: Bezirksamt Aussig an MPOŽ, 15.2.1937. NA, MPOŽ, Karton 397, 2203/21/1937-38. – Als Belastung galt auch die Mitgliedschaft in der Vorfeldorganisation der DNP, dem 1933 ebenfalls aufgelösten Deutsch-Nationalen Verein: Vgl. Polizeidirektion Reichenberg an MPOŽ, 21.2.1936. NA, MPOŽ, Karton 396.

<sup>69</sup> Aktenvermerk MPOŽ, 12.2.1934. NA, MPOŽ, Karton 388, 24 095/34.

<sup>70</sup> Politische Bezirksverwaltung Kaaden an Politische Landesverwaltung, 16.9.1923. NA, MPOŽ, Karton 384, 40 013/23. – Aktenvermerk MPOŽ, 3.7.1924. NA, MPOŽ, Karton 384, 27 884/24.

direktion Prag beispielsweise basierten häufig auf kaum überprüfbar „vertraulichen Nachforschungen“.<sup>71</sup> In welcher fragwürdiger Weise auch wolkige Verdachtsgründe instrumentalisiert werden konnten, illustriert ein Gutachten der Polizeidirektion Reichenberg. Der Kandidat, ein früheres DNSAP-Mitglied, genieße zwar einen guten Ruf, „sympathisiere“ aber mit der SdP.<sup>72</sup> Noch tiefer in das Dickicht der Vermutungen begab sich der Bezirkshauptmann von Asch, der einen von der Egerer Kammer ins Spiel gebrachten Anwärter als Sympathisanten der DNSAP einstuft, welcher sich nur nicht als solcher in der Öffentlichkeit exponiere. Als Besitzer eines Unternehmens im Reich überschreite er täglich die Grenze; nicht auszuschließen sei (!), dass er an politischen Versammlungen teilnehme und unzulässigen Orts Informationen über die Kammer weitergebe.<sup>73</sup> Einen Kandidaten der Pilsener Kammer, selbst „nur“ Mitglied des Bundes der Landwirte, stuft die Bezirksbehörde Klattau (Klatovy) wegen seines Schwiegersohns, eines SdP-Aktivisten, als unzuverlässig ein. Die Sippenhaft wurde erst nach der Intervention des prominenten BdL-Abgeordneten Wolfgang Zierhut aufgehoben, der für eine konstruktive Einstellung des Kandidaten zum Staat bürgte.<sup>74</sup> Einem anderen Anwärter, unbestätigten Informationen zufolge ehemaliges DNSAP-Mitglied, wurden der ausschließliche gesellschaftliche Verkehr mit Deutschen bzw. in deutschen Vereinen sowie häufige Deutschlandreisen mit unbekanntem Ziel angekreidet; er nehme nie an den Feiern der tschechischen Minderheit teil und unterstütze, obwohl vermögend, diese finanziell nicht. Ungeachtet der offensichtlichen parteipolitischen Abstinenz des Kandidaten leitete das Gendarmeriekommando aus diesem Befund ab, er arbeite für die Sudetendeutsche Partei oder sympathisiere zumindest mit ihr.<sup>75</sup> Die Polizeidirektion Reichenberg (Liberec) behauptete in mehreren Fällen schlichtweg, Kandidaten seien unzuverlässig, ohne irgendeine Konkretisierung der Vorwürfe anzufügen.<sup>76</sup> Das Verfahren gab Winkelzügen geschäftlicher Konkurrenten oder politischer Kontrahenten – übrigens auch deutscher – Raum: So wurde ein von der Troppauer Kammer vorgeschlagenes DNSAP-Mitglied aufgrund einer Intervention des Abgeordneten Hans Tichi von der Deutschen Gewerbetarbeitspartei abgelehnt.<sup>77</sup>

<sup>71</sup> Vgl. etwa: Politische Landesverwaltung Prag an Bezirksbehörde Chrudim, 22.8.1934. – Bezirksbehörde Poděbrad an Politische Landesverwaltung Prag, 24.8.1934. – Polizeidirektion Prag an MPOŽ, 1.9.1934. Alle NA, MPOŽ, Karton 524, sek 1/6269/24/1934.

<sup>72</sup> Polizeidirektion Reichenberg an MPOŽ, 9.11.1936. NA, MPOŽ, Karton 397, 2203/21/1936.

<sup>73</sup> Bezirkshauptmann Asch an Politische Landesbehörde Prag, 14.9.1933. NA, MPOŽ, Karton 387, 80 181/33.

<sup>74</sup> Politische Bezirksbehörde Klattau an MPOŽ, 10.11.1936. NA, MPOŽ, Karton 552, sek 1/8 261/24/1935-36.

<sup>75</sup> Politische Bezirksbehörde Prachatitz an Gendarmeriekommando Vimperk, 9.8.1935, mit Antwort vom 12.8.1935. NA, MPOŽ, Karton 552, sek 1/8 261/24/1935-36.

<sup>76</sup> Polizeidirektion Reichenberg an MPOŽ, 30.3.1938. NA, MPOŽ, Karton 397, 2203/21/1937-38.

<sup>77</sup> Dieser gab dann der DNSAP gegenüber zu, dass für die Ablehnung politische Gründe ausschlaggebend gewesen waren. Vgl. die Interpellation der Abgeordneten Jung, Wenzel und Genossen, 22.5.1929. In: Tisky k těsnopiseckým zprávám Poslanecké sněmovny [Drucksachen zu den stenografischen Berichten des Abgeordnetenhauses], 2. Wahlperiode, Drucksache 2278/XX.

Waren solche Verfahrensweisen auch nicht in jedem Fall von berechtigten Sicherheitsinteressen, sondern manchmal durchaus von nationalitätenpolitischem Ressentiment angeleitet, so waren aggressive volkstumskämpferische Töne im Alltag der Kammern dann doch kaum zu hören. Gemessen an anderen Bereichen des öffentlichen Lebens führte beispielsweise die Sprachenfrage nur zu milden Unzuträglichkeiten. Lediglich die – deutsche – Egerer Kritik an der Prager Wirtschaftspolitik, die inhaltlich auf die üblichen, meist handelspolitischen Gravamina abhob, unterschied sich in ihrem schroffen Ton von den sonst eher temperierten Verlautbarungen der anderen Kammern.<sup>78</sup>

Auseinandersetzungen mit nationalpolitischem Hintergrund waren Randphänomene. In der Regel handelte es sich um symbolische Konflikte, die nicht geeignet waren, die Beziehungen zwischen den Pragmatikern der Wirtschaft auf Dauer zu trüben. Im Herbst 1921 etwa hatten die tschechischen Mitglieder der Brünner Verwaltungskommission – und nur diese – an den Begrüßungsfeierlichkeiten anlässlich der Reise Masaryks nach Brünn teilgenommen und bei dieser Gelegenheit eine Audienz absolviert. Ob die Abwesenheit der deutschen Kammerräte eine Panne oder einen demonstrativen Akt darstellte, geht aus den Quellen nicht hervor. In jedem Fall beschuldigte in der darauf folgenden Kommissionssitzung ein tschechischer Vertreter die Deutschen der Illoyalität und der Störung des guten Verhältnisses zwischen den beiden Völkern.<sup>79</sup> In Eger hingegen war am 6. März 1930, dem Vorabend von Masaryks achtzigstem Geburtstag, der Ständige Ausschuss der Verwaltungskommission klug genug, dem Staatsoberhaupt seine Reverenz zu erweisen. Er beschloss die Absendung eines Huldigungstelegramms und richtete die Empfehlung an das Plenum, anlässlich der Feierlichkeiten aus Kammermitteln Widmungen in Höhe von 50 000 Kronen vorzunehmen.<sup>80</sup>

Politische Töne waren in den Verwaltungskommissionen im Allgemeinen nicht zu vernehmen. Aktenkundig ist lediglich eine Ausnahme aus Pilsen, die aus der aufgewühlten ersten Nachkriegszeit stammt. Am 14. Juli 1919 wurde dort zum Zeichen der Verbundenheit mit den französischen Freunden über dem Kammergebäude die Trikolore gehisst. Kammerpräsident Matýs Pokorný prangerte in einer krausen Mixtur von tschechischem Nationalismus, Germanophobie und Antimarxismus die „unselige Abkehr“ vom Vermächtnis Hus', Havlíčeks und Comenius' an. An die Stelle dieser tschechischen Heroen seien Marx und Lassalle getreten, die Öffentlichkeit sei ihren und den Lehren anderer „deutscher Propheten“ verfallen. Es erging der Ruf nach „Entösterreicherung“, nach Befreiung vom deutschen Kultureinfluss und der Orientierung in Richtung Westen.<sup>81</sup> Ansonsten blieb der Alltag vom Nationa-

<sup>78</sup> Protokoll der konstituierenden Sitzung der Verwaltungskommission, 24. 4. 1919, Anlage zu: Handels- und Gewerbekammer Eger an MPOŽ, 26. 4. 1919. NA, MPOŽ, Karton 384, 15 872/19.

<sup>79</sup> Ministerstvo vnitra [Innenministerium, MV], Abteilung N an MV-Präsidium und Předsednictvo ministerské rady [Präsidium des Ministerrats, PMR], undatiert. NA, MPOŽ, Karton 408, sek 1/11 070/1918-23.

<sup>80</sup> Rede Scherbs, Sitzung der Handels- und Gewerbekammer Eger, 15. 4. 1930. NA, MPOŽ, Karton 386, sek 1/1 148/21/1930.

<sup>81</sup> Rede Pokornýs, Vollversammlung der Verwaltungskommission der Handels- und Ge-

litätenstreit weitgehend unberührt. Im Prager Kammeralltag auftretende Reibungen waren weniger dem Konflikt zwischen Deutschen und Tschechen als den gespannten Beziehungen zwischen Industrie und Gewerbe geschuldet. Große und kleine Produzenten seien zwar – dies ließ Kammerpräsident Arnošt Grossmann zwischen den Zeilen durchblicken – in der Kammer „zusammengespannt“, in der Praxis lasse die Einheit aber zu wünschen übrig.<sup>82</sup> Auch im Jahr 1938, als die Sudetenkrise kulminierte, waren aus den Kammern eher abwiegelnde Stimmen zu hören: Am 18. Mai erklärte in Prag Kammerpräsident Jan Třebický vor der Vollversammlung den Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen zu einer politischen, per definitionem die Kammeraktivitäten nicht berührenden Frage. Er bekundete angesichts der „kleinlichen politischen Streitereien“ das Interesse der Wirtschaft an der Befriedung der inneren Verhältnisse. In der Kammer habe man seit jeher das Auskommen mit den deutschen Kollegen gesucht und keine Unterschiede zwischen den Nationalitäten gemacht.<sup>83</sup> Im Juni sekundierte Friedrich Scherb in Eger: Vorrangige Voraussetzung einer gesunden Entwicklung der Wirtschaft sei der Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen. Pflicht gerade der Kammer „als Institution ausschließlich wirtschaftlicher Natur“ sei es, die Beachtung wirtschaftlicher Notwendigkeiten zu fordern.<sup>84</sup>

#### Fazit

Mag die „tschechische Politik“ in der Ersten Republik auch von mehr oder weniger unfreundlichen Gefühlen gegenüber „den Deutschen“ fundiert gewesen sein, so wurde diese unzweifelhaft vorhandene Disposition doch nicht in ein umfassendes und konsistentes antideutsches Politikprogramm übersetzt: Die Analyse der Übergänge von der „Politik“ in die „Lebenswelt“ macht dies offensichtlich. Die von der deutschen Volkstumskampfrhetorik mancherorts behauptete Existenz eines „Masterplans“ entbehrt der Grundlage – ebenso übrigens die tschechischen Verschwörungstheorien. Zielsysteme und Beweggründe der Akteure waren hierfür zu vielschichtig und komplex. Rhetorische Kraftakte und reale Aktivitäten müssen stets sorgfältig auseinander gehalten werden.

Von erstrangiger Bedeutung waren die für eine entwickelte Industriegesellschaft charakteristischen Eigengesetzlichkeiten rationaler Ökonomie bzw. funktionaler Organisation. Diese Sacherfordernisse setzten sich im hier vorgestellten Fall weitgehend durch. Nationalpolitische Bruchlinien wurden nicht immer, aber häufig durch übernationale Interessen-, Aktions- und Zugewinngemeinschaften überwölbt. Der Normalfall waren relativ stabile – im vorliegenden Fall administrativ bestimmte und rechtlich fundierte – Regelungen von Ansprüchen und Handlungsspielräumen,

---

werbekammer Pilsen, 14.7.1919, in: *Věstník obchodní a živnostenské komory v Plzni 1* (1919) 141.

<sup>82</sup> Rede Grossmanns, Sitzung der Verwaltungskommission der Handels- und Gewerbekammer Prag, 24.2.1927. NA, MPOŽ, Karton 522, sek 1/6269/24/1924.

<sup>83</sup> Rede Třebickýs, Vollversammlung der Handels- und Gewerbekammer Prag, 18.5.1938. NA, PMR, Karton 3958.

<sup>84</sup> Rede Scherbs, Vollversammlung der Handels- und Gewerbekammer Eger, 23.6.1938. NA, MPOŽ, Karton 389, 68 477/1938.

Eigentums- und Verfügungsrechten. Diese garantierten vermutlich nicht in jedem Fall dem deutschen Element einen „fairen Anteil“ (was auch immer hierunter zu verstehen wäre), zielten ersichtlich aber auch nicht auf Enteignung, Entrechtung und Verdrängung.

Der Blick in die „Mikrokosmen“, insbesondere die Feinanalyse des Ernennungsmechanismus zeigt, dass nicht alle Maßnahmen, die auf den ersten Blick antideutsch wirken, als solche intendiert waren. „Diskriminierung“ der Deutschen war in vielen Fällen Resultat struktureller Eigentümlichkeiten des ökonomischen oder politischen Systems oder Folge zufälliger ungünstiger Umstände und Ereignisse. Die Schmälerung der deutschen Position in den Kammern hängt mit den Eigenheiten der „versäulten Demokratie“ zusammen; die Proportionalisierung und der Interessenausgleich via Paktierung führten zu den beschriebenen Erscheinungen. Versäulung war zum Beispiel auch verantwortlich dafür, dass die Bemühungen um eine Kammerreform über zwei Jahrzehnte hinweg ergebnislos blieben. Hierdurch und nicht durch „antideutsche Ranküne“ wurden die Wahlen verhindert, die vermutlich den Deutschen einen prominenteren Platz in den Kammern gesichert hätten. Die Unbeweglichkeit der Politik und der Schlendrian einer manchmal behäbig, ja sklerotisch anmutenden Bürokratie standen also einer durchgreifenden Reform im Weg. In Rechnung zu stellen ist andererseits, dass Trägheit und Erstarrung radikal-dynamische Konfliktlösungen verhinderten, welche nach 1933 in der tschechoslowakischen Republik mancher insgeheim oder gar offen am unheimlichen großen Nachbarn bewunderte, die dem Land bis „München“ jedoch erspart geblieben sind.